

„Unternehmung Hanau brennt lichterloh“

CDU wirft dem OB Zögerlichkeit in der Krise vor – Doppelhaushalt mit Defizit von 158 Millionen Euro verabschiedet

Hanau (ju). Zu einem Rundumschlag gegen die Politik Oberbürgermeister Claus Kaminskys und der Viererkoalition holte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dieter Hog, vor der Abstimmung über den Doppelhaushalt 2010/2011 aus. Er warf dem Oberbürgermeister vor, in Zeiten der Krise zu zögerlich einschneidende Maßnahmen umzusetzen, obwohl die „Unternehmung Hanau lichterloh brennt“. Die Neuverschuldung von fast 160 Millionen Euro für 2010 und 2011 mache Angst. Auch die Linken und die Republikaner verweigerten dem Zahlenwerk ihre Zustimmung. Dennoch wurde es mit der Mehrheit von SPD, FDP, Grünen und Bürger für Hanau (BfH) verabschiedet. Die städtische Führung handele bisweilen überhastet, bisweilen ängstlich und ohne erkennbare Struktur, was zu einer Vielzahl von „Baustellen“ in der Stadt geführt habe, monierte Hog für die CDU und nannte das Einkaufszentrum auf dem Gleisbahnhof, das ehemalige Möbel-Erbe-Areal, die alte Hauptfeuerwache, die eventuelle Erweiterung des City-Centers und die Rolle von ECE, die scheinbar durch die Hintertür beim „Wettbewerblichen Dialog“ wieder angekommen sei.

Auch die Hanauer CDU sieht keine Alternative für eine Aufwertung Hanaus, als den „Wettbewerblichen Dialog“, betonte Hog. Doch die Methode weiche auf. Hog bemängelte, dass die Ostgebäude der Französischen Allee oder die Neugestaltung des Marktplatzes inzwischen nicht mehr Pflichtaufgabe für die Investoren seien. Die Herkulesaufgabe bestehe nicht darin, Häuser abzureißen, sondern Voraussetzungen zu schaffen, damit Menschen nach Hanau kommen. Die Stadt brauche in erster Linie die Ansiedlung mittelständischer Unternehmen. Hier vermisst die CDU ein

Gesamtkonzept des Magistrats. Schon das Gutachten der IWU zum Thema Wohnen und Bauen habe ergeben, dass die negative Bevölkerungsentwicklung in Hanau dem starken Abbau an industriellen Arbeitsplätzen geschuldet sei. Die Abwanderung der Bürger, die bis 2030 auf 8000 hochgerechnet werde, lasse die Einwohnerzahl bis dahin auf knappe 80 000 schrumpfen. Unter anderem lockten niedrigere Grundstückspreise im Umland.

Hog kritisierte die Personalpolitik bei den Führungskräften von Baugesellschaft, Beteiligungsholding oder im OB-Dezernat und bezeichnete die Holding als Bermuda-Dreieck-Holding, in dem alles verschwinde. Auch die vor drei Jahren angestrebte schwarze Null beim Klinikum sei Makulatur. Hier vermisste die CDU verstärkte interkommunale Kooperationen.

Weiterhin kritisierte Hog, dass im Etat festgeschriebene Sparmaßnahmen, wie die steigenden Friedhofsgebühren, als eben so bürgerunfreundlich wie die Neueinführung der vier neuen Ortsbeiräte für die Kernstadt.

Die größte Fraktion im Stadtparlament, die sich „von Planungen ausgesperrt und als Spielverderber ausgegrenzt fühlt“ verweigerte schließlich dem Doppelhaushalt seine Zustimmung.

Die Linke lehnte den Haushalt ab, weil sie vor allem den „Wettbewerblichen Dialog“ so nicht mittragen kann. Wie Fraktionschef Jochen Dohn erklärte, setze die Linke auf andere Schwerpunkte, nämlich eine ökologischere und sozialere Ausrichtung sowie eine regionale Vergabepaxis. Den Personalabbau bei der Stadtverwaltung lehnt die Linke ebenfalls ab. Zumindest die Planstellen müssten angesichts der wartenden Herausforderungen wieder besetzt werden. Zum Schluss rief Dohn dazu auf, einer möglichen Abschaffung der

Gewerbsteuer massiv entgegen zu treten. Deutlich gegen den Doppelhaushalt sprach sich der Fraktionsvorsitzende der Republikaner, Bert-Rüdiger Förster aus. Das schwindelnd hohe Defizit sei auch der beachtlichen Steigerung der Sozialkosten geschuldet, die Zahl der Sozialhilfeempfänger steige weiter. Schon jetzt sei klar, dass das erwartete Defizit für Hanau in den nächsten zwei Monaten von rund 80 auf 82 Millionen Euro gestiegen sein werde. Dass sich die Viererkoalition als „die gestalterische Kraft schlechthin“ bezeichne, befand Förster als zu früh. Da es die Repts für fahrlässig halten, in diesen Zeiten einen Doppelhaushalt zu verabschieden und wegen der Kosten für die Kernstadt-Ortsbeiräte stimmten sie gegen den Etat. Einen Ausflug in die Bundes- und Landespolitik unternahm die SPD-Fraktionsvorsitzende, Cornelia Gasche. Sie verwies auf die Finanzkrise, die Kürzung der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen, die für Hanau ein Minus von drei Millionen Euro bedeute und die Steuereinbrüche. Hanau habe bei der Gewerbesteuer 2010 ein Minus von 37 Prozent zu verkraften, 2011 seien es 30 Prozent. Daraus resultiere die Finanzlücke von 80 Millionen Euro für 2010 und 76,7 Millionen im kommenden Jahr.

„Wir geben der Stadt ein Gesicht“

Dennoch, so der Appell Gasches, sei Kaputtsparen keine Lösung. Schon die zehnprozentige Kürzung des Magistrats für alle Ämter zeige, wie schwer Sparen sei, wenn es Realität werde. Die Erhöhung der Friedhofsgebühren sei der Stadt von der Finanzaufsicht auferlegt worden.

Den doppelhaushaltigen Haushalt und die Eröffnungsbilanz bezeichnete Gasche als Vermögenssicherung. Trotz aller Mittelknappheit müsse die Zukunft Hanau ge-

staltet und nicht verwaltet werden. Eine offensive Stadtentwicklung dokumentiere sich am „Wettbewerblichen Dialog“ und der Konversion militärischer Liegenschaften. Neue Baugebiete würden in Mittelbuchen und Klein-Auheim entwickelt. Aktive Wirtschaftsförderung werde an der Ansiedlung von Unternehmen wie 1&1 und Evonik deutlich. Familien- und Seniorenarbeit sowie das vielfältige kulturelle Angebot mache Hanau für Familien und Ältere attraktiv. „Wir geben unserer Stadt ein Gesicht, in Achtung vor der Geschichte“, so Gasche abschließend.

Für die FDP verwies Fraktionschefin Ursula Schäfer darauf, dass die Liberalen den Doppelhaushalt maßgeblich mitgestaltet hätten und dafür auch die Verantwortung mittragen. Der „Wettbewerbliche Dialog“ solle helfen, aus dem „Aschenputtel Hanau ein prosperierendes Oberzentrum“ zu machen. Besonders betonte Schäfer die Ausgaben von 4,5 Millionen Euro in die Bildung, die zusammen mit den Mitteln von Land und Bund 30 Millionen Euro ergäben und der Schullandschaft zugute kommen. Nach Meinung Schäfers gibt es für den im Etat abgebildeten Weg keine Alternative. Die Grünen legten den Schwerpunkt ihrer Betrachtung auf die Felder Energie und Schulpolitik. Fraktionsvorsitzender Wulf Hilbig freute sich über die Vielzahl an Fotovoltaikanlagen auf Hanaus Dächern. Die Solaranlagen seien hoffnungsvolle Zeichen und eine Absage an den Block VI des Kraftwerks Staudinger. Die grüne Prägung werde erkennbar bei der energetischen Sanierung von Gebäuden. Den „Wettbewerblichen Dialog“ bezeichnete Hilbig als Lernprozess, bei dem die Aufenthaltsqualität eine zentrale Rolle spielen müsse. Bei der Entwicklung der Konversionsflächen werde Naturschutz sehr Ernst genommen, so Hilbig weiter mit Blick auf den Sandma-

24.3.10

"Unternehmung Hanau
brennt Lichterloh"

Der Doppeletat

Hanau (ju). Der Hanauer Doppelhaushalt der Jahre 2010 und 2011 weist ein

- ▶ Defizit von rund 81 Millionen Euro für 2010 und von 77 Millionen Euro für 2011 auf.
- ▶ Im ordentlichen Ergebnis sind dort Erträge in Höhe von 165 Millionen Euro gegenüber Aufwendungen von 247 Millionen Euro abgebildet.
- ▶ Der Finanzhaushalt weist für 2010 ein Volumen von rund 72 Millionen Euro auf, für 2011 rund 67,6 Millionen Euro.
- ▶ Die Gewerbesteuereinnahmen für 2010 liegen bei 45 Millionen, für 2011 bei 50 Millionen (gegenüber früheren 70 Millionen).
- ▶ Das Investitionsvolumen liegt 2010 bei 21,9 Millionen, 2011 bei 26,4 Millionen Euro.

gerrasen in Campo Pond und die Przewalski-Pferde. Kostenlose Kita-Plätze seien ein Ansporn für junge Familien, nach Hanau zu ziehen, die integrierte Gesamtschule Tümpelgarten, die kommen müsse, ein anderer.

Auch die BfH plädierte dafür, Hanau nicht kaputt zu sparen. Dass Ehrenamt und Vereinsarbeit ihren Stellenwert behielten, dass zwölf Präventionsprojekte auf den Weg gebracht wurden, bezeichnete Fraktionsvorsitzender Oliver Rehbein als sinnvolle, mutige und ehrliche Politik. „Nie wurden in der Geschichte derart wichtige Entscheidungen in so kurzer Zeit getroffen“, so Rehbein unter Verweis auf die Stadtentwicklung. Rehbein rechtfertigte die Einrichtung der Kernstadt-Ortsbeiräte, die den Kernstadtbürgern politisches Gehör verschaffen sollten.

Bei der Abstimmung über den Doppelhaushalt der Stadt Hanau enthielt sich der fraktionslose Abgeordnete Gernot Gesser, der Haushalt erhielt 32 Ja- und 23 Neinstimmen.